

ENERGIEWENDE JA – ABER RICHTIG!

Forderungspapier von
DIE FAMILIENUNTERNEHMER



GLIEDERUNG

- 3 **Einleitung**
- 5 **Wo wir stehen**
- 10 **1. EEG ade!**
- 11 **2. Benchmark CO₂ – Kosten und Nutzen transparent darstellen!**
- 12 **3. Wir wollen Markt und dann bitte auch richtig!**
- 13 **4. Umweltbezogene Steuern zweckgebunden für umweltbezogene Maßnahmen nutzen!**
- 14 **5. Abbau von Subventionen für jegliche Form der Energieerzeugung und Abbau umweltschädlicher Subventionen vorantreiben!**
- 15 **6. »Strom? Den mach ich selbst!« – Aktivierung von Eigeninitiativen zur Stromerzeugung – Eigenstrom als Chance begreifen!**
- 16 **7. Schaffung flexibler Nachfragestrukturen durch Preissignale!**
- 17 **8. Kein Bahnfahren ohne Gleis!**
- 18 **9. Klimaschutz muss neu gedacht werden!**
- 19 **10. Effizienz, Innovationen, Logistik – Unternehmen können Energiewende, man muss sie nur lassen!**
- 20 **Fazit**

Das Forderungspapier »Energiewende ja – aber richtig« wurde durch die Kommission Energiepolitik erarbeitet. **Vorsitz: Dr. Karl Tack**

KONTAKT

DIE FAMILIENUNTERNEHMER – ASU e. V.

Henry Borrmann

Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin

Tel. 030 300 65-481 | Fax 030 300 65-390

borrmann@familienunternehmer.eu

www.familienunternehmer.eu/energie

EINLEITUNG

»Wer kann ein Mammutprojekt wie die Energiewende stemmen, wenn nicht die Deutschen.« So tönt es angeblich aus dem Ausland. Blickte man vielleicht früher mit Hochachtung für diesen mutigen Schritt auf den Industriestandort Deutschland, so mehren sich inzwischen die skeptischen Stimmen. Und tatsächlich lohnt es sich, einmal grundsätzlich auf das Projekt »Energiewende« zu schauen. Insbesondere für diejenigen, die hier vor Ort die Fäden in der Hand halten, aber auch diejenigen, die das Projekt in den Regionen umsetzen.

Für DIE FAMILIENUNTERNEHMER hat die Energiepolitik in den letzten Jahren stetig an Bedeutung zugenommen. Die Belastungen, die insbesondere die industriell geprägten Familienunternehmer zu tragen haben, sind inzwischen gewaltig und teilweise existenzbedrohend. Dabei ist eins klar: DIE FAMILIENUNTERNEHMER unterstützen den Klimaschutz, den Wettbewerb im Energiesektor und das Aufbrechen monopolistischer Strukturen. Freiheit, Wettbewerb, Verantwortung aber auch Nachhaltigkeit sind Prinzipien, die dem Familienunternehmer im Blut liegen. Umso bedauerlicher ist es, dass diese Prinzipien in der Energiepolitik kaum Relevanz besitzen.

Wettbewerb, Konsumentensouveränität, Preistransparenz und ein möglichst durch Subventionen unverzerrter Markt – all diese fundamentalen Säulen der sozialen Marktwirtschaft werden ignoriert. Im Gegenteil: Einigen Branchen und Klientelen wird geradezu eine risikolose Rundumversorgung mit erträglicher Rendite per Gesetz zugesichert. Das hat mit Sozialer Marktwirtschaft nicht im Geringsten etwas zu tun.

So hat ein Konglomerat aus planwirtschaftlichen Elementen und Ideologie dazu geführt, dass inzwischen mehr als 20 Milliarden Euro pro Jahr umverteilt werden. Ein Ende ist nicht absehbar. Bestenfalls kann ein langsames Anwachsen der Kostenlawine erreicht werden.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER sind sich sicher, dass ein nachhaltiges Wachstum, das Ökologie und Ökonomie vereint, nur mit einem marktwirtschaftlichen System möglich ist, das den Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht zum Selbstzweck erhebt, sondern immer prioritär den Klimaschutz als Ziel im Auge hat.

Dazu gehört es, jegliche Form der Energieerzeugung konsequent und zügig in den Markt zu integrieren, Subventionen allenfalls als Anschubfinanzierung zu gewähren und anschließend den innovativen Druck des Wettbewerbs und des Marktes wirken zu lassen, um die besten Lösungen für die Herausforderungen zu finden. Ferner muss die Freiheit des Unternehmers gefördert werden, statt immer neue Vorgaben, Verordnungen und Gesetze zu erlassen, welche die Wirtschaft gängeln. Das bringt keine Innovationen hervor, sondern setzt eine schleichende Deindustrialisierung in Gange.

Nur ein sofortiges und radikales Umsteuern hilft dem Klimaschutz und auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland. DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern die handelnden politischen Akteure auf, nun zügig die notwendigen Reformen anzugehen bzw. umzusetzen. Wir sind bereit, diese Reformen konstruktiv zu begleiten.

Die nachfolgende Analyse soll gleichsam Forderung wie Diskussionsgrundlage sein. Der Dialog zwischen der Breite der Wirtschaft und den politisch handelnden Akteuren ist möglicherweise der wichtigste Baustein, um eine erfolgreiche Energiewende durchzuführen.

Wir freuen uns darauf!

WO WIR STEHEN

Die Förderung der erneuerbaren Energien war einst als Anschubfinanzierung gedacht, um eine klimaschonende Art der Stromerzeugung auf dem Weg zur Marktreife zu begleiten. Längst ist jedoch klar, dass sich das EEG zu einer Dauersubvention entwickelt hat. Als Folge verzeichnen wir inzwischen ein Umverteilungsvolumen von mehr als 20 Milliarden Euro mit steigender Tendenz – wohlgermerkt pro Jahr. Statt der einst geplanten Grenze von 3,5 Cent/Kilowattstunde¹ steht die EEG-Umlage für das Jahr 2016 bei 6,354 ct/kWh – ein neuer Rekordwert.



Diverse Studien verweisen auf bisher entstandene EEG-bedingte Kosten zwischen 360 Milliarden Euro und 400 Milliarden Euro bis 2030. Laut einem Gutachten², dass das ifo Institut für DIE FAMILIENUNTERNEHMER angefertigt hat, werden bis dahin jedoch noch zusätzliche 114 bis 187 Milliarden Euro ab 2014 für das EEG und den dadurch bedingten Netzausbau anfallen.

¹ Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Energiepolitik »Der Weg zur Energie der Zukunft«, 09.06.2011, <http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Regierungserklaerung/2011/2011-06-09-merkel-energie-zukunft.html>

² »Die EEG-bedingten Zusatzkosten Der CO₂-Vermeidung!« Untersuchung ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. für DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.

Peter Altmaier, der ehemalige Bundesumweltminister bezifferte die Kosten für die Energiewende auf 1.000 Milliarden Euro. Möglicherweise behält er Recht, wenn nicht sofort beherzt gegengesteuert wird.

Diese Kosten belasten alle Verbraucher. Vor allem aber die vielen Familienunternehmen, die im verarbeitenden Gewerbe oder der Industrie tätig sind. Diese Belastungen haben bereits heute gravierende Folgen und zeigen sich beispielsweise durch erzwungene Verlagerungen der Produktion in andere Länder oder starke Zurückhaltung bei Investitionen. In einigen Bereichen werden nicht einmal mehr die Ersatzinvestitionen getätigt³. Das bedeutet,

Veränderung des realen Nettoanlagevermögens nach Industriezweigen

2012 zu 1995 in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

³ IW policy paper 3/2014, »Erhöhung der EEG-Kosten als Investitionshemmnis für stromintensive Unternehmen« http://www.iwkoeln.de/_storage/asset/148374/storage/master/file/7409382/download/IW%20policy%20paper%20Investitionen%20energieintensive%20Unternehmen.pdf

dass der Bestand an Produktionsmöglichkeiten in Deutschland langsam aber stetig reduziert wird. Bisher sehen wir leider keine politische Strategie, die eine mittelfristige Besserung erhoffen lässt.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER unterstützen die Ziele für eine sichere, wirtschaftliche und ökologische Energieversorgung. Dieser Weg muss jedoch gemeinsam und unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf alle Akteure der Wirtschaft weiter verfolgt werden. Die Transformation des Energiesektors ist richtig und wichtig. Die Erneuerbaren sind bereits und werden zunehmend eine unverzichtbare Stütze des Industriestandortes sein. Allerdings wird gerade von den Befürwortern erneuerbarer Energien immer wieder betont, die regenerative Form der Stromerzeugung sei bereits heute wettbewerbsfähig. Ein Argument, dem DIE FAMILIENUNTERNEHMER nicht widersprechen. Folglich ist es nur logisch und wichtig, die Marktintegration zu forcieren.

Grundlage dafür ist ein Stromnetz, das den Anforderungen der zukünftigen Energiewelt gerecht wird. Ohne diese notwendige Infrastruktur mit intelligenten Bausteinen und ausreichenden Transportkapazitäten sind die weiteren Herausforderungen nicht zu bewältigen. Die Energiewende ist ohne den Netzausbau schlicht aussichtslos.

Ferner muss der nationale Sonderweg, den Deutschland eingeschlagen hat und weiter verfolgt, endlich aufgegeben und in einen europäischen Binnenmarkt eingebettet werden. Der Emissionshandel ist das richtige Instrument, um eine ökologische und ökonomische Klima- und Energiepolitik zu forcieren. Mit den Ergebnissen des G7-Gipfels⁴ und mit Blick auf

⁴ »Think Ahead. Act Together. An morgen denken. Gemeinsam handeln.« Abschlusserklärung G7-Gipfel, 7.– 8. Juni 2015

die Klimakonferenz in Paris scheint sogar ein international weitverbreiteter Emissionshandel nicht ganz unmöglich. Das wäre der bestmögliche Weg für eine konsistente und effiziente Klimapolitik. Darauf aufbauend wäre auch die umfassende CO₂-Bilanzierung von Gütern ein Schritt, um dem mündigen Verbraucher die Informationen bereitzustellen, die Klimaschutzelange berücksichtigen und die er für eine Kaufentscheidung benötigt.

Im nationalen Bereich sehen wir eher schädliche planwirtschaftliche Elemente, die es zurückzufahren gilt. Insbesondere die dauerhafte Subventionierung der Erneuerbaren muss ein zügiges Ende finden. Das angestrebte Ausschreibungsmodell ist ein Schritt in die richtige Richtung, sollte aber zwingend technologieoffen ausgestaltet werden und bestenfalls eine Übergangslösung darstellen. Letztlich muss ein Markt geschaffen werden, der dann endlich einen fairen Wettbewerb zwischen allen Stromerzeugungstechnologien zulässt. Wichtig wäre tatsächliche Preistransparenz, mit der externe Effekte – wie zum Beispiel die Kosten für den Treibhausgasausstoß – adäquat erfasst werden und mit der eine innovative Energiewirtschaft vorangetrieben wird.

Des Weiteren ist der Einbezug flexibler Verbraucher eine Möglichkeit, um die Energiewende in ihrer Gesamtheit aber auch die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit des Einzelnen zu stärken. Das darf nicht dazu führen, dass alle Unternehmen dem Joch eines gesetzlichen Zwangs unterworfen werden, doch hört man sowohl aus Teilen der Wirtschaft als auch aus der Wissenschaft, dass durchaus nennenswerte Potenziale kostengünstig gehoben werden können. Flexibilität und Effizienz sind nicht die alleinige Lösung für die Probleme der Energiewende, aber ein kostengünstiger und zukunftsweisender Baustein!

Dabei gilt auf allen Feldern: Ein intelligenter Rahmen entfesselt den Wettbewerb um die besten Ideen, die saubersten Lösungen und die ziel-führendsten Dienstleistungen. Das ist Energiewende!

Darunter fällt auch die Eigenstromerzeugung, die nicht nur ein Instrument ist, um die effizient produzierenden industriellen Familienunternehmen im globalen Wettbewerb zu unterstützen, sondern die durch einen gesetzlichen Rahmen mit sinnvollen marktwirtschaftlichen Anreizen zum Nutzen des Gesamtsystems einbezogen werden kann. Die Eigenstromerzeugung wird sträflich vernachlässigt. Ihr Potenzial ist in jeglicher Hinsicht gewaltig – ökologisch wie ökonomisch. Ohne die Eigenstromerzeugung ist eine nachhaltige und wirtschaftlich vertretbare Energiewende nicht möglich. Die Familienunternehmer fordern, die Eigenstromerzeugung zu stärken, da sie ein zentraler Baustein der Energiewende ist.

In jedem Fall ist ein ordnungspolitischer, marktwirtschaftlicher und klarer gesetzlicher Rahmen die bessere Option gegenüber der fortgesetzten staatlichen Interventionsspirale.

Den Familienunternehmern ist daran gelegen, die Energiewende zu einem ökologischen und ökonomischen Erfolg zu machen. Dazu möchten wir gern die folgenden Vorschläge einbringen.

1. EEG ADE!

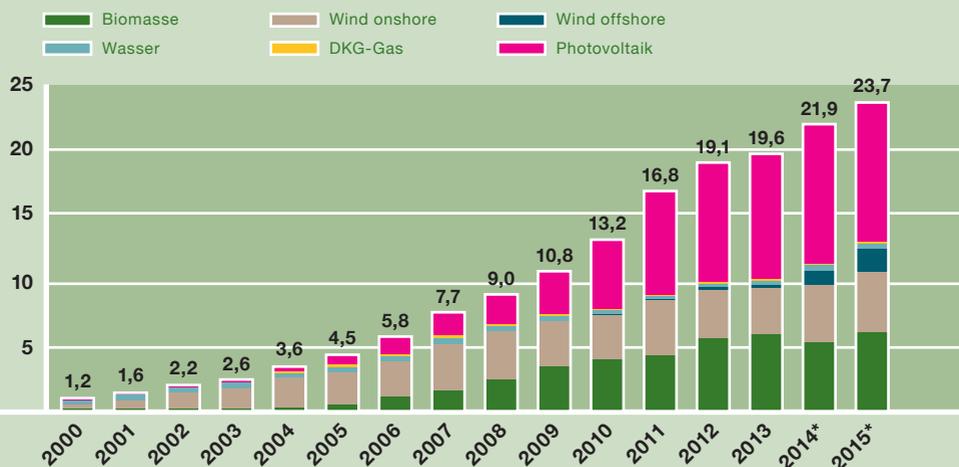
Das Ende des EEG ist längst überfällig. Nach wie vor entstehen durch dieses Gesetz – aber auch durch andere Abgaben und Umlagen – Kosten, die Verbraucher, die deutsche Wirtschaft und insbesondere die vielen industriell geprägten Familienunternehmen in unzumutbarer Weise belasten und in ihrem unternehmerischen Engagement einschränken. Dem planwirtschaftlichen Ansatz muss endlich ein Ende bereitet werden.

Konkret heißt das:

- Die Subventionszahlungen aus dem EEG müssen gestoppt werden.
- Die erneuerbaren Energien müssen zeitnah und vollständig in ein adäquates und wettbewerblich ausgestaltetes Marktdesign überführt werden.

Entwicklung der EEG-Auszahlungen

in Milliarden Euro



Quelle: BDEW, Mai 2015

*Prognose

2. BENCHMARK CO₂ – KOSTEN UND NUTZEN TRANSPARENT DARSTELLEN!

Wir fordern, Benchmarks zu etablieren und transparent darzustellen, wie viel CO₂ pro eingesetzten Euro eingespart wurde bzw. wird. Die Kennzahlen sind auf jegliche geförderte Technologie bzw. Maßnahme herunterzubrechen und öffentlich auszuweisen. Vorprodukte und Lieferwege sollten ebenfalls einbezogen werden, soweit möglich. Wir fordern weiter, ein unabhängiges und fachkundiges Institut mit der Berechnung zu beauftragen und diesen Bericht jährlich auszuweisen.

Konkret heißt das:

- Geförderte Klimaschutzmaßnahmen sind zu identifizieren, aufzulisten und zu katalogisieren – quer über alle Sektoren und Bereiche hinweg.
- Eingesetzte finanzielle Mittel sind ins Verhältnis zur eingesparten Menge CO₂ zu setzen.
- Berichte des Wirtschaftsministeriums und des Umweltministeriums sind anzufertigen und zu veröffentlichen.
- Maßnahmen zur Neuausrichtung und zur Kappung der Finanzströme haben sich an einem solchen Bericht zu orientieren.

3. WIR WOLLEN MARKT UND DANN BITTE AUCH RICHTIG!

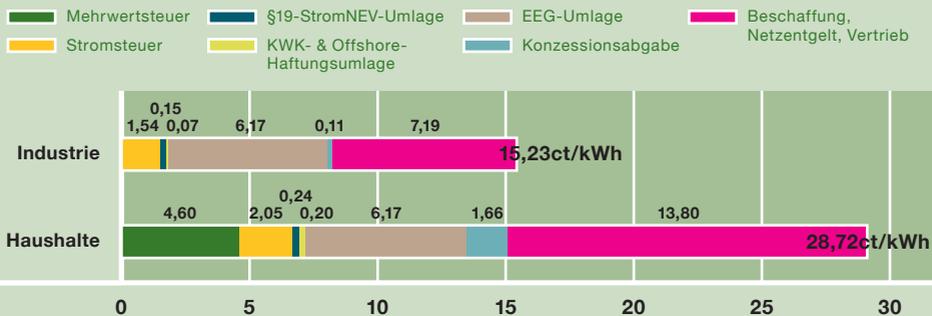
Wettbewerb und Soziale Marktwirtschaft sind die Prinzipien, die Deutschland seit Jahrzehnten voranbringen. Es gilt, diese Prinzipien nun auch in der Energiepolitik zu stärken. Das geplante Ausschreibungsmodell ist in diesem Punkt ein Schritt in die richtige Richtung. DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern, dass dieses Ausschreibungsmodell technologieneutral ausgestaltet werden muss. Ferner sollte ausschließlich ein prozentualer Aufschlag auf den Börsenpreis gewährt werden, um die Systemintegration anzureizen. Weitere Privilegien oder Sicherungsnetze für die Erneuerbaren sollten gestrichen werden.

Konkret heißt das:

- Ein technologieneutrales Ausschreibungsmodell muss etabliert werden.
- Auch die Erneuerbaren müssen Verantwortung und das Risiko ihres Geschäfts tragen. Eine Entschädigung aufgrund markt- oder netzbedingter Abregelungen widerspricht marktwirtschaftlichen Grundsätzen und muss zukünftig entfallen.
- Ein prozentualer Aufschlag auf den Marktpreis ist dann ein sinnvoller Anreiz und stellt die einzige Vergütung dar.
- Der Aufschlag wird per Auktion periodisch festgelegt.

Durchschnittliche Strompreise

in Cent/kWh



Quelle: BDEW, 08/2015

4. UMWELTBEOZUGENE STEUERN ZWECKGEBUNDEN FÜR UMWELTBEOZUGENE MASSNAHMEN NUTZEN!

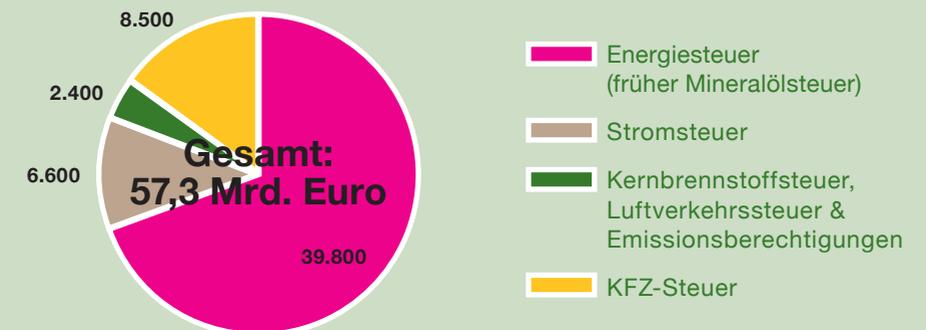
Jedwede Belastung durch Steuern, die mit dem Umweltschutz oder der Förderung erneuerbarer Energien begründet werden, ist transparent auszuweisen. Darauf aufbauend muss ebenfalls der Verwendungszweck komplett aufgeschlüsselt dargestellt werden. Einnahmen, die aus dem Emissionshandel erwirtschaftet werden, und die die deutsche Wirtschaft belasten, sollten zur Reduktion der Belastung durch nationale Instrumente – zumindest so lange an diesen festgehalten wird – verwendet werden. Diese Einnahmen sollten in den EEG-Topf fließen, da beide Instrumente im Grundsatz dasselbe Ziel verfolgen. Der Konflikt der Instrumente könnte so zum Teil aufgelöst werden.

Konkret heißt das:

- Erfassung der Einnahmen, die mit ökologischen Erfordernissen gerechtfertigt werden.
- Ausweisung der Höhe der Einnahmen und des Verwendungszwecks.
- Neuausrichtung der Finanzströme auf die Vermeidung von CO₂.

Aufkommen aus Umweltsteuern 2014

in Millionen Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt

5. ABBAU VON SUBVENTIONEN FÜR JEDLICHE FORM DER ENERGIE-ERZEUGUNG UND ABBAU UMWELTSCHÄDLICHER SUBVENTIONEN VORANTREIBEN!

Der Energiesektor darf nicht länger als Spielball politischer Interessen missbraucht werden, sondern sich ausschließlich an den Erfordernissen des Klimaschutzes orientieren. Wir fordern eine Ausweisung jeglicher Subventionen und Privilegien und deren schrittweises Zurückfahren. Externe Effekte – insbesondere der CO₂-Ausstoß – müssen mit möglichst marktwirtschaftlichen Instrumenten erfasst und bepreist werden. Der Emissionshandel ist bei adäquater Ausgestaltung ein zielführendes Instrument und sollte gestärkt werden.

Konkret heißt das:

- Einrichtung einer öffentlich zugänglichen Online-Plattform, auf der umweltschädliche Subventionen von wissenschaftlichen und politischen Akteuren angezeigt werden können.
- Prüfung der Vorschläge und Bezifferung der Subventionshöhe durch eine unabhängige Expertenkommission.
- Bei Beanstandung: Einsparung der Subvention.

6. »STROM? DEN MACH ICH SELBST!« – AKTIVIERUNG VON EIGENINITIATIVEN ZUR STROM-ERZEUGUNG – EIGENSTROM ALS CHANCE BEGREIFEN!

Die Stromerzeugung von Bürgern und Unternehmen darf nicht weiter wirtschaftlich diskriminiert, negativ sanktioniert und als Gefahr begriffen werden, sondern als Chance zur Dezentralisierung und als Weg zur kosteneffizienten Stromerzeugung. Die Eigenstromerzeugung kann den Erneuerbaren einen unsubventionierten Markt bieten, grundlastfähige und hocheffiziente KWK befördern und die Netzstabilität unterstützen. Ferner kann diese Form der Stromerzeugung unter Umständen den Netzausbaubedarf und die dadurch bedingten Kosten reduzieren.

Sie ist ökologisch ohne Zweifel vorteilhaft. Sie ist aber vor allem auch für viele Familienunternehmen im internationalen Wettbewerb derzeit die einzig verbliebene Möglichkeit, den Nachteil durch die massive Belastung mit Abgaben im Energiebereich zu dämpfen.

Konkret heißt das:

- Die Belastung des Eigenstroms mit EEG-Umlage muss sofort auf Null reduziert werden.
- Der Leistungspreis für den Netzanschluss muss einem freien Vertragsschluss der Netzbetreiber und der Verbraucher unterworfen werden.
- Es gilt, das ökologische und ökonomische Potenzial der Eigenstromerzeugung für die Energiewende effizient zu nutzen.

7. SCHAFFUNG FLEXIBLER NACHFRAGESTRUKTUREN DURCH PREISSIGNALE!

Die Umstrukturierung des Energiesektors erscheint bei heutigem Stand des Prozesses unumgänglich. Sehr wahrscheinlich werden im Energiesystem der Zukunft erneuerbare Energien die zentrale Rolle spielen. Diese Energien fluktuieren jedoch je nach Wetterlage, Tages- und Jahreszeiten. Neben Speichern und dem Netzausbau ist es daher bedeutsam, auch diejenigen Verbraucher, die es können – und nur diese – durch marktwirtschaftliche Anreize zu mehr Flexibilität anzureizen. Einer schwankenden Erzeugung sollte ein anpassungsfähiger Verbrauch gegenüberstehen.

Konkret heißt das:

- Staatliche Umlagen sind abzubauen oder mindestens zu flexibilisieren.
- Die Märkte und der Börsenhandel müssen für flexible und anpassungsfähige Verbraucher zugänglich gemacht werden.
- Bürokratische und regulatorische Hürden sind abzubauen.
- Eine Belohnung von systemdienlichen Verhalten über Preissignale ist sicherzustellen.

8. KEIN BAHNFAHREN OHNE GLEIS!

Der Ausbau der Erneuerbaren schreitet immer weiter voran. Gleichwohl sind die Voraussetzungen zur Integration dieser Technologien bestenfalls mäßig vorhanden. Diverse politische, regulatorische und gesetzgeberische Maßnahmen sind längst überfällig, werden aber weiterhin nur zögerlich angegangen. Auch im Bereich der Infrastruktur mangelt es an elementaren Bausteinen zur effizienten Nutzung der erzeugten Energie. So ist bis heute der Netzausbau und die Forschung und Entwicklung volkswirtschaftlich relevanter Speicher nicht im erforderlichen Maße vorangetrieben und auf sich verändernde Rahmenbedingungen angepasst worden. Dabei sind Netze die entscheidende Komponente und die Achillesferse einer erfolgreichen Energiewende.

Konkret heißt das:

- Dem Netzausbau gebührt höchste Priorität. Die Kompetenzen der Bundesnetzagentur sind diesbezüglich auszuweiten.
- Ein Zubau von Erneuerbaren darf nur erfolgen, wenn nachgewiesen werden kann, dass der Strom auch bei den Verbrauchern ankommt und das Netz tauglich ist, den Strom aufzunehmen.
- Der Netzausbau darf nicht zum Spielball politischer Akteure werden. Bereits nach der ersten Konsultationsrunde muss für alle Parteien Planungssicherheit bestehen.

9. KLIMASCHUTZ MUSS NEU GEDACHT WERDEN!

Die Industrie gerade in Deutschland zu erhalten, ist im Ergebnis Klimaschutz pur. Denn Deutschland zeichnet sich durch hohe Umweltstandards und eine äußerst effektive Produktion aus. Kaum ein Land der Welt kann ähnliche Werte aufweisen. Das heißt aber auch, dass nahezu jede Produktion, die hier stattfindet, unter ökologischen Gesichtspunkten besser zu bewerten ist, als wenn die Betriebe abwandern, um in anderen Teilen der Welt zu produzieren. Auch die Umweltpolitik darf sich dieser Erkenntnis nicht verweigern und sollte sich tunlichst bemühen, die Industrie in Deutschland zu halten.

Konkret heißt das:

- Der industrielle Wertschöpfungsprozess in Deutschland muss ganzheitlich und in seinen Auswirkungen auch auf einzelne Produktionsstrukturen betrachtet werden.
- Belastungen durch Umlagen sind abzubauen.
- Schwellenwerte sind aus den Gesetzen zu streichen, da sie sich mittelstandsfeindlich auswirken.
- Die zentrale Voraussetzung für einen wirkungsvollen Klimaschutz ist die Sicherung und der Erhalt der industriellen Produktion in Deutschland.

10. EFFIZIENZ, INNOVATIONEN, LOGISTIK – UNTERNEHMEN KÖNNEN ENERGIEWENDE, MAN MUSS SIE NUR LASSEN!

Die Familienunternehmen in Deutschland unterstützen den Klimaschutz und die Ziele der Energiewende. Allerdings leiden sie unter der schlechten Ausgestaltung der Gesetze. Dabei können die deutschen Betriebe viel beisteuern. Eine Vielzahl unterschiedlicher Produkte, Prozesse und Maschinen sind wichtig für den weltweiten Klimaschutz. Selbst energieintensive Branchen, wie die Stahlproduktion oder die Chemie, steuern unverzichtbare Bestandteile für die deutsche Energiewende bei, aber auch für die Wertschöpfungsketten in anderen Teilen der Welt. So wird bereits heute der Klimaschutz deutscher Unternehmen in viele Länder exportiert.

Auch die effizienten Prozesse, die in deutschen Familienunternehmen stark vorangetrieben werden, sind ein gutes Beispiel für die Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie.

Und letztlich sind bereits etliche industriell geprägte Familienunternehmer dazu übergegangen, ihre Prozesse zu flexibilisieren, um sich den Erfordernissen der fluktuierenden regenerativen Energieerzeugung anzupassen und einen weiteren Beitrag zur Energiewende zu leisten.

Energieeffizienz und Flexibilität sind wichtige Bausteine für die Energiewende. Die Familienunternehmer aber auch die Politik sind gefordert, hier die nötigen marktwirtschaftlichen Anreize zu setzen beziehungsweise die Maßnahmen zu realisieren, die notwendig sind.

FAZIT

DIE FAMILIENUNTERNEHMER können, wollen und werden ihren Beitrag zum Klimaschutz auch weiterhin leisten. Es bringt allerdings nichts, immer weitere Verordnungen, Zwangsmaßnahmen und Regulierungen zu erlassen, die die Unternehmen nach und nach erdrücken. Jedes Unternehmen ist einzigartig und versucht, im Rahmen seiner Möglichkeiten die energiepolitischen Herausforderungen zu bewältigen – für sich und für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Bei manchen Unternehmen sind erhebliche Effizienzpotenziale in der Produktions- und Versorgungstechnik vorhanden, bei anderen sind die Potenziale geringer.

Die Marschroute kann daher nur heißen, marktwirtschaftliche Anreize zu setzen, Bürokratie und Zwang abzubauen und den Unternehmen möglichst viel Freiraum zu gewähren. So werden sie von bloßen Verbrauchern zu Akteuren der Energiewende und Innovationstreibern. Und genau DAS kann Deutschland dann wirklich zu dem weltweiten Vorbild machen, das sich die Politik – bisher vergebens – wünscht.

Das gilt für den Sektor der Erneuerbaren Energien, aber auch der fossilen Kraftwerke. Ohne jeden Zweifel steht dem Energiesektor in Deutschland – aber auch in der Welt – ein gewaltiger Umbruch bevor. Es gilt nun für die gesamte Energiewirtschaft sich auf den neuen Weg einzustellen, den Umbruch nicht zu verhindern, sondern beherzt anzugehen und Innovationen voranzutreiben.

Sowohl im Bereich der erneuerbaren Energien als auch bei den konventionellen Kraftwerken gibt es fortschrittliche und attraktive Produkte, die sich dem Markt ohne Bedenken stellen können. Das Beharren auf Subventionen, Privilegien und Schutzmechanismen muss endlich eingestellt werden. Die Marktwirtschaft mag unbequem sein, gleichwohl ist sie notwendig für Wachstum, Nachhaltigkeit und Innovation.

Der Wettbewerb um die besten Ideen, das faire Konkurrieren innerhalb eines zielführenden rechtlichen Rahmens und die Fokussierung auf die Einsparung von CO₂ müssen die Leitplanken für den energiewirtschaftlichen Markt der Zukunft sein. Und daran muss sich Energiepolitik – aber auch Umweltpolitik – messen lassen.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER unterstützen den Klimaschutz und die Ziele der Energiewende. Wir setzen die Maßnahmen um und tragen einen Großteil der Belastung. Ökologie und Ökonomie zu vereinbaren – das ist unser Anspruch. Dazu muss jedoch noch einiges getan werden.

Die Familienunternehmer sind bereit, dabei weiterhin ihren Beitrag zu leisten. Von der Politik erwarten DIE FAMILIENUNTERNEHMER jedoch ebenfalls einen Beitrag: Eine mutige, beherzte und vor allem marktwirtschaftliche Energiewende.

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE FAMILIENUNTERNEHMER – ASU e.V.

Redaktion: Henry Borrmann (Inhalt), Anja von Knobelsdorff (Gestaltung)

Gestaltung: LANGEundPFLANZ, Speyer

Foto: Titelseite © demarco-media/iStockphoto.com

Druck: abcdruck GmbH, Heidelberg

Berlin, Dezember 2015

Bundesgeschäftsstelle Berlin

DIE FAMILIENUNTERNEHMER – ASU e. V.

Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin

Tel. 030 30065-0 | Fax 030 30065-390

kontakt@familienunternehmer.eu

www.familienunternehmer.eu

